

Wirtschaft

Der deutsche Ingenieur ist zu provinziell, zu alt, zu männlich, zu analog. ► S. 64



Kartelle

Stahlkochern droht 500-Millionen-Strafe

Die Branche soll sich jahrzehntelang über Preise abgestimmt haben – nun müssen die Unternehmen zahlen.

● Das Kartellverfahren gegen deutsche Stahlhersteller und ihren Dachverband, die Wirtschaftsvereinigung Stahl, geht in die entscheidende Phase. Dabei zeichnen sich Bußgelder für die Branche in einer Gesamthöhe zwischen 300 und 500 Millionen Euro ab. Mit einem Teil der rund ein Dutzend beschuldigten Stahlkocher führt das Bundeskartellamt derzeit sogenannte Settlement-Gespräche. Bei diesen Verhandlungen geht es darum, Einigungen über die Höhe des verhängten Bußgeldes mit dem jeweiligen Unternehmen zu erreichen. Auf diese Weise sollen langwierige Gerichtsverfahren vermieden werden. Wie viele Firmen sich letztlich auf einen solchen Deal mit den Wettbewerbshütern einlassen, ist offen. Das Kartellamt beschuldigt rund ein Dutzend Konzerne,

sich jahrzehntelang auf Kosten der Verbraucher über wesentliche Bestandteile des Stahlpreises wie Schrott und teure Legierungen abgesprochen zu haben. Für diese wettbewerbswidrigen Absprachen sollen sie Treffen und verschwiegene Arbeitskreise ihres Branchenverbands genutzt haben.

Bei den verdächtigten Stahlkochern handelt es sich um Branchengrößen wie ArcelorMittal sowie kleinere und mittelgroße Hütten aus Deutschland. Aber auch Autofirmen wie VW, Daimler, BMW und Zulieferer wie Bosch sollen in die einträglichen Machenschaften involviert gewesen sein. Gegen sie wird in einem gesonderten Verfahren ermittelt. Keines der beteiligten Unternehmen wollte sich auf Anfrage des SPIEGEL zu den laufenden Ermittlungen äußern. fdo

Krankenversicherung

Zusatzbeiträge sinken erst 2020

● Die Große Koalition hat sich auf einen Kompromiss für ein umstrittenes Gesetz geeinigt, mit dem Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, CDU, für niedrigere Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung sorgen möchte. Spahn will

Kassen mit hohen Rücklagen verpflichten, ihre Zusatzbeiträge zu senken. Diese Regelung soll allerdings erst im Januar 2020 in Kraft treten und damit ein Jahr später als ursprünglich erwartet. In der SPD und bei den von ihr geführten Ministerien hatte es Widerstände gegen Spahns Projekt gegeben. Experten fürchteten, klamme Kassen könnten in Finanznöte geraten. Deswegen soll nun zeitgleich im Jahr 2020 auch eine Reform des Finanz-

ausgleichs der Kassen angegangen werden. Die Rückkehr zur Parität, mit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich die Beiträge künftig wieder zur Hälfte teilen, gilt wie geplant schon Anfang 2019. Der überarbeitete Referentenentwurf soll zeitnah im Kabinett beraten werden. Im Gegenzug erwägt die Union, ihren Widerstand gegen das geplante Brückenteilzeitgesetz einzustellen, das ein Anliegen der SPD ist. cos